

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Oesterr. Währung.

Expedition: Charlottenburg bei
Berlin, Englischesstr. 24. Alle Post-
anstalten und Zeitungs-Expeditionen
nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhn-
liche Zeile 2 Pf. — Arbeitsmarkt
für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
unentgeltlich.

Für Zusendung von Offerten unter
Schiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Venz,
Charlottenburg bei Berlin,
Englischesstr. 24.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 28.

Berlin, den 12. Juli 1889.

Sechszehnter Jahrgang.

Amflicher Theil.

21. Vorstandssitzung der Kranken- und Begräbniskasse (c. S.) vom 7. Juni 1889.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Kassenbericht pro April und Mai.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Hrn. Münchow um 8 1/2 Uhr Abends eröffnet. Entschuldigt fehlen die Herren Trautloft und Venz II; vom Ausschuss ist Niemand anwesend. Nach Genehmigung des letzten Protokolls wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Dem kranken Mitgliede Gröger-Königszell wird der Aufenthalt in Salzbrunn, dem ebenfalls kranken Mitgliede S. Schmidt-Althaldensleben der Aufenthalt in Wechselburg i. S. gestattet. — Brillen erhalten: Schaubiger von Rudolstadt-Vollstedt und Thierbach-Frankfurt a. D. — Mitglied Graf von Neustadt-Magdeburg sucht seine Invaliditätsbescheinigung nach und kommt deshalb die Frage der Zahlung des Krankengeldes über die Zeit von 26 Wochen, d. h. über die Invaliditätsbescheinigung hinaus, zur Sprache. Wie voranzusehen, fällt der Beschluss dahin aus, daß S. noch seine Krankenunterstützung bis zum Ablauf der 52. Woche erhalten soll (gegen Vorbringung der Krankenscheine), dann aber unter Erhaltung seines Anspruchs auf Sterbegeld als aus der Krankenversicherung bei uns ausgeschieden zu betrachten ist. — Dem Mitgliede Ipsen-Kopenhagen, welches sich weigert, der nach längerer Krankheitsdauer seitens des Vorstandes auf Grund von § 11 Abs. 4 des Statuts angeordneten ärztlichen Untersuchung sich zu unterziehen, wird gemäß der Anweisung des Hauptkassiers der Anspruch auf Krankengeld laut der genannten Statutenbestimmung aberkannt. — Ein Aufnahmegesuch Ullrich-Berlin II wird wegen ungünstigen Attestes abgelehnt. — Der frühere Kassirer Pfau-Vangewiesen sucht Stundung betreffs seiner Ratenzahlungen nach; der Vorstand scheidet jedoch keinen Grund, auf dies Gesuch einzugehen (die monatlichen Abzahlungen der Schuld Pf. 8 betragen 5 Mt.) und lehnt den Stundungsantrag ab. — Mitglied S. Heyn-Manebach hatte f. Z. einen von einem Chirurgen ausgestellten Krankenschein beigebracht, den der Vorstand in seiner 18. Sitzung vom 29. 3. 89 zurückgewiesen und den Kassirer, sofern die Sache nicht in Ordnung gebracht wurde, zur Deckung des unrechtmäßig ausgezahlten Krankengeldes für verpflichtet erklärt hatte. In dieser Angelegenheit ist nunmehr eine ärztliche Bescheinigung des Hrn. Dr. Hassenstein eingegangen. Wenn nun zwar diese auch nicht ganz formgemäß ist, so wird doch, da daraus ersichtlich, daß thatsächlich die Ueberweisung des an einer Fingerwunde kranken Heyn seitens des Dr. H. an den betr. Chirurgen erfolgt ist, die Sache als ausgeglichen erklärt und die Zahlung des Krankengeldes gutgeheßen. — Von Kaphütte war der Abschluß pro 1. Quartal d. F. ohne das Geld eingegangen, dessen Einsendung dem Hauptkassirer und dem Kassirer von K. entstandenen Korrespondenz erklärt der Vextere, sein Amt niederlegen zu wollen. Da der Kassirer dabei gleichzeitig mittheilt, daß er auch im Konsumverein als Lagerhalter gewählt worden sei, so erklärt sich der Vorstand mit der Amtsniederlegung einverstanden. — Zwischen der drittl. Verwaltung in Hamburg und dem Hauptkassirer hat infolge verschiedener Mängel in der Kassienführung dorthin eine längere briefliche Auseinandersetzung stattgefunden, welche der Hauptkassirer auf Verlangen des Vorstehenden Hrn. H. J. dem Vorstande wörtlich vorträgt, in jedem einzelnen Streitpunkte die Beläge vorweisend. Nach genauer Kenntnisaufnahme

der sämtlichen Briefe zc. muß der Vorstand den vom Hauptkassirer an die drittl. Verwaltung gestellten Anforderungen hinsichtlich der berechneten Mängel in jedem Falle beitreten, erkennt auch die nach Hamburg brieflich gemachten Mittheilungen als durchaus geschäftlich und keineswegs in irgend einer Weise verlegend an; nur die Frage der Lieferung von Wein an arbeitsfähige Kranke beschließt der Vorstand noch zu vertagen und in einer späteren Sitzung zu entscheiden. — Punkt 1 ist damit erledigt.

Zu Punkt 2 betragen die Einnahmen der Hauptkasse im April 3294,24 Mt., die Ausgaben 2729,48 Mt., Bestand am 1. Mai 44604,76 Mt. — Im Mai war Einnahme inkl. Vortrag 3127,90 Mt., Ausgabe 308,71 Mt., Bestand am 1. Juni 43619,15 Mt. — Der Hauptkassirer berichtet hierbei, daß er wegen des gegenwärtig stärkeren Anspruchs an die Kasse für 600 Mt. Werthpapiere habe verkaufen müssen und noch 1000 Mt. zu veräußern genöthigt sei. Der Vorstand nimmt hiervon Kenntniß. — Schluß der Sitzung am 11 Uhr Nachts.

Aug. Münchow,
Vorsteher.

Der Vorstand.
G. Venz,
Kassirer.

Georg Venz,
Schriftführer.

21. Generalrathssitzung vom 7. Juni 1889.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Unterstützungsangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Die Eröffnung der Sitzung erfolgt um 11 Uhr Nachts in Anwesenheit der in der Vorstandssitzung zugegen gewesenen Mitglieder. Nach Genehmigung des Protokolls der 30. Sitzung wird in die T.O. eingetreten.

Zu Punkt 1 wird zunächst die Begründung eines Ortsvereins in Sorau N. L. mitgetheilt. Der Generalrath nimmt davon Kenntniß. — Die Festrede beim Stiftungsfest in Buckau wird, wie der Ausschuss von dort berichtet, Verbandsgenosse Dachtstein in Buckau übernehmen. — Dem Gesuch der Genossen in Königszell um Entsendung eines Redners zum Stiftungsfest entsprechend, ist der Generalrath mit Hrn. C. Walden-Berlin in Verbindung getreten und ist Aussicht vorhanden, daß Hr. W. die Reise übernimmt. — Ein Gesuch des in Nr. 9 der „Ameise“ bereits ausgeschiedenen Mitgliedes Haumann-Arberg um Wiederaufnahme in den Gewerkeverein wird dahin erledigt, daß S. als neues Mitglied wieder beitreten kann. — In der früheren Differenzangelegenheit Neuhaldensleben ist auf die von hier nach Neuhaldensleben zur Klärung gesandte Handschrift des bei der Differenz betheiligten Mitgliedes Venz II die Antwort des Ausschusses eingegangen. Danach erklärt sich Venz nach geschehener Klarstellung der Sache mit der Handlungsweise des Ausschusses sowie des Personals Offrecht voll und ganz einverstanden. Der Generalrath nimmt Kenntniß und ist die Sache damit erledigt. — Von Waldenburg liegt ein Schreiben vor, wonach der frühere Schriftführer des West aufgeschlossenen Schlesischen Malerverbandes, Dr. Dew. Förster, in einer Vorstandssitzung des genannten Verbandes wiederholt erklärt haben soll, es sei nicht wahr, daß er (F.) im Namen des Malerverbandes den Generalrath unseres Gewerkevereins um Entsendung eines Redners nach Altwasser gebeten habe. Hrn. F. seien darauf die Protokolle unseres Gewerkevereins vorgehalten und er sei erklucht worden, wenn es so wäre, wie er anlehrt, daß die Klärung der Angaben der Protokolle seitens des Generalraths zu erwirken. Dies habe Hr. F. jedoch nicht gethan, vielmehr, um der Sache zu entgehen, sein Amt niedergelegt. Zu der Bericht. Weßhalb Hr. F. die betreffenden verneinenden Erklärungen durch welche der Generalrath unter-

Gewerksvereins der Unwahrheit geziehen würde, abgegeben, erscheint nicht erwünscht. Das bezügliche mit dem Verbandspräsidenten verhandelte Schreiben des Hrn. J., datirt Mittwoch, den 2. April 1839, befindet sich noch im Besitz des Generalraths und geben wir, um allen Verdrehungen von gewisser Seite ein Ende zu machen, hier den in Betracht kommenden Satz wörtlich wieder: „... Das Interesse unter den hiesigen Vereinsmitgliedern für die Gewerksvereinsfrage ist sehr reger; vielleicht ist es Hrn. Münchow bei der Reise nach Breslau möglich, auch nach hier zu kommen, um Aufklärung in verschiedenen Sachen, bezw. den Leistungen des Gewerksvereins, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, persönlich geben zu können. Sehr erwünscht würde ein diesbezüglicher Vortrag sein, wie in Nr. 12 der „Ameise“: „Zur Lohnfrage“. Der Erfolg ist gewiss. ... Für den Vorstand des Reiseverbandes Schlesischer Porzellanmaler: Osw. Förster, Schriftf.“ — Dies das Schreiben des Hrn. Förster, nach welchem man also beurtheilen mag, wie in Wirklichkeit der Hergang war. — Punkt 1 ist erledigt.

Punkt 2. a) Bezüglich der für Mitglied Triebel-Roschitz zu zahlenden Anzugskosten nach Schmiedefeld sind die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, womit sich der Generalrath einverstanden erklärt. — Der Anspruch Stiegl-Sorgau auf Anzugskosten nach Moschendorf ist erneut abgelehnt worden, da die Erfordernisse des § 39 des Statuts nicht vorliegen; das Gleiche gilt von dem Antrage des Mitgliedes Anton Kappzell, welcher deshalb ebenfalls abgelehnt werden muß. — b) In Angelegenheit des Mitgliedes Cöbel-Neuhaldenleben (siehe vorige Sitzung) lehnt der Generalrath die nach § 39 beantragte erneute Unterstützung ab, weil die Angabe des Ausschusses von Roslau, es seien dem K. mehr Formen, als er anfänglich erhielt, versprochen worden, bisher nicht widerlegt ist, K. auch hätte zunächst ein paar Tage abwarten müssen, ob dem Formenmangel nicht abgeholfen werde. — Ueber die drei gemäßigten Mitglieder G. Jahn, R. Jahn und S. Arnold-Meuselbach ist Beschwerde dahin eingegangen, daß sich dieselben nicht eifrig genug um Arbeit bewerben. Die bewilligte Unterstützung ist deshalb nach Ablauf von 4 Wochen bis auf Weiteres eingestellt worden, womit sich der Generalrath einverstanden erklärt. — c) Arbeitslosen-Unterstützung erhält Mitglied Kappler-Sorgau; an Fiege-Oberhausen (siehe vor. Sitzung) ist die Unterstützung nach § 5, Abs. 1 des Reglements gezahlt worden, da der das Feiern veranlassende Kohlenmangel infolge des Bergarbeiterstreiks eingetreten ist. — Auf eine Anfrage des Hrn. Pfeiffer-Tiefenfurt hat der Hauptkassierer geschrieben, daß bezüglich des Ausschusses zur Arbeitslosen-Unterstützung von 450 Mk. ebenfalls die zweijährige Karenzzeit gilt. — Das Feiern auf der Schlesienschen Fabrik in Tiefenfurt ist nach einer vorliegenden Mittheilung am 18. Mai, bezw. für zwei Mitglieder am 20. Mai beendet worden, wovon Kenntniß genommen wird. — In Sachen Stiegl und Reffgen-Bonn liegt nunmehr die Mittheilung vor, daß vor 3 Jahren der Cylinder an der Maschine gesprungen war und provisorisch reparirt worden ist. Da nun diese Reparatur im Laufe dieser Zeit verschliffen ist und eine zweite Reparatur nicht mehr genügt, so mußte unbedingt ein neuer Cylinder eingekauft werden. Mit der Kenntnismahme von diesem Bericht, welcher klar ergibt, daß nicht ein „Unfall“ u. d. d. h. ein zufälliges Feiern der Mitglieder veranlaßt, ist die Sache erledigt. — d) Nothfall-Unterstützung: Ein Antrag für Mitglied Nowotny-Eisenberg wird abgelehnt, da der Nothfall durch die vorausgesehenen 24 Mk. Unkosten nicht genügend begründet erscheint, die weiter angeführten, durch eigene Aufündigung der Arbeit entstandenen 72 Mk. Arbeitsverlust aber selbstverständlich außer Betracht bleiben müssen. — In Bezug auf das Gesuch des Mitgliedes Ohm-Fürstenberg soll wegen des angegebenen Bestehens an Acker u. d. d. h. erst nähere Erkundigung eingezogen werden. — Nach Selb ist für Mitglied Judas ein Formular gefordert worden.

Zu Punkt 3 wird beschlossen, daß der Hauptschriftführer gelegentlich der Reise nach Düsseldorf zum Verbandstage mehrere Orte besuchen soll, um unsere Sache zu fördern. Der Vorsitzende Hr. Münchow soll in anderen Orten Revisionen vornehmen. — Schluß der Sitzung um 12¼ Uhr Nachts.

Der Generalrath.

H. Münchow,
Vorsitzender.

Georg Lenz,
Hauptschriftführer.

Vom 10. ordentl. Verbandstage.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Die Debatte über die Referate zu Punkt B II der Tagesordnung: „Regelung der Arbeitslöhne u.“ geben wir, um uns nicht dem Vorwurf der Parteilichkeit auszusetzen, soweit möglich nach den Aufzeichnungen des amtlichen Protokollführers wieder, welche der „Gewerksverein“ veröffentlicht; andere Niederschreibungen sind wohl auch kaum vorhanden. Daß die Niederschrift des Protokollführers nicht überall auf Zuverlässigkeit Anspruch machen kann, liegt bei der Unzulänglichkeit der Kurrentschrift in solchen Fällen auf der Hand; die für uns am leichtesten kontrollirbaren Ausführungen des Referenten Lenz sind deshalb auch in einigen Punkten abgeändert bezw. ergänzt worden. Der Gang der Diskussion war folgender:

Hr. Göze (Berlin), der nach dem Referenten Hr. Winter das Wort nimmt, ist mit den beiden Referenten im Wesentlichen einverstanden und der Ansicht, daß, wenn die Arbeiter, wie Hr. Winter beklagt hat, die Fabrikanten in der Umgehung der bestehenden Geseze unterstützen, dies seinen Grund nur in der Zwangslage hat, in welcher die Arbeiter sich befinden. Der Hunger sei in dieser Beziehung der treibende Keil. Dem sei nur abzuhelfen, wenn die Arbeiter, welche sich in Differenzen mit den Arbeitgebern befinden, mehr als bisher unterstützt werden. Mit den bloßen Idealen sei nichts zu erreichen. Selbst der Gesezgeber schaffe erst Besserung in den Arbeitsverhältnissen, wenn der Druck von unten, d. h. das Verlangen der Arbeiter, dies gebieterisch fordern. Bei vielen Arbeitgebern ohne Unterschied der Partei gelte nur das Wort: Verdienen.

Hr. Kalb (Bera) weist darauf hin, daß es bei den Deutschen Gewerksvereinen keine abstrakte Selbsthilfe gibt, sondern daß dieselben stets den Standpunkt vertreten, daß überall da, wo die staatliche Gesezgebung zur Besserung der Arbeiterlage erforderlich sei, sie auch einreden soll. Was dem Referenten Winter angeführten Fall von Gesezgebung in der Karlsruher Fabrik anbetrifft, so hält Redner dafür, daß es doch mehr als fraglich sei, ob diese Maßnahmen der Fabrikleitung sich überhaupt mit den bestehenden Gesezen vereinigen lassen. (Sehr richtig!) Die Hauptfrage sei:

Wie ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen? Man müsse vielleicht zugeben, daß in manchen Gegenden seitens der Gewerksvereine hierin nicht das Nöthige gethan wird und nach dieser Richtung müsse etwa Besäumtes nachgeholt werden.

Der Anwalt, Hr. Dr. Max Hirsch, spricht seine Verwunderung darüber aus, daß alle Genossen die Ansicht vertreten, die Gewerksvereine verwerfen die Staatshilfe auch da, wo die Kraft des Einzelnen naturgemäß versagen müsse. Da müsse denn doch vor Allem daran erinnert werden, daß die Organisation seit ihrer Gründung und er (Redner) als Anwalt und Reichstags-Abgeordneter dafür mit aller Energie eingetreten sind, daß die Gesezgebung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzuwirken hat. Daß es trotzdem immer wieder so dargestellt würde, als ob das Gegentheil der Fall sei, dürfe man unter keinen Umständen zugeben. Sonst würde es irthümlich heißen: „der Verbandstag in Düsseldorf hat erst Wandel schaffen müssen.“ Alle sind wir darüber einig, daß das Tempo in unserer Bewegung ein lebhafteres sein soll, aber deshalb darf noch nichts übereilt und damit die gerechte Sache der Arbeiter geschädigt werden. Der Druck auf Gesezgebung wie Arbeitgeber muß durch die Macht der Organisation unterstützt werden. Hierbei aber muß man sehr vorsichtig sein und nicht so thun wollen, als ob man die Sozialdemokraten noch übertrumpfen wolle. (Beifall.) Das gelingt Ihnen doch nicht. (Sehr richtig!) Für die Gewerksvereine muß auch in Zukunft maßvolle Haltung gepaart mit Energie die Parole sein. Ein Theil der Gewerksvereine hat bisher überhaupt den Arbeitsbedingungen nicht die wünschenswerthe Aufmerksamkeit geschenkt, sondern sich wesentlich als Unterstützungsvereine betrachtet. Und in dieser Beziehung haben wir immer schon zu wecken und anzufeuern gesucht. Aber die Macht muß hinter den Organisationen stehen, wenn wirklich dauerndes erreicht werden soll. Nehmen wir doch die Bauarbeiter an. Welch schwere Verantwortung ruht auf denen, welche ohne genügende Organisation einen solchen Lohnkampf herbeiführen! Wir Gewerksvereine, als dauernde Organisation mit bestimmten statutarischen Verpflichtungen müssen natürlich doppelt vorsichtig sein. Aber ich selbst, führt Redner weiter aus, habe z. B. vor Jahren schon die Tischler u. A. aufgemuntert zu Versuchen, eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Aber ganz besonders muß ich mich wenden gegen das Verlangen, daß die Gesezgebung mehr ausgedehnt wird, als in diesen Dingen notwendig ist. Wenn der erste Referent (Hr. Lenz) vor dem Normalarbeitsstage stehen geblieben ist, so macht er sich mit dem Verbot der Sonntagsarbeit einer Inkonsequenz schuldig und die Frage: Wie weit soll das gehen? ist durchaus am Platze. Zweifellos sind wir alle Gegner der Sonntagsarbeit und wollen sie auf das Allernothwendigste beschränkt wissen, aber ein gesezliches Verbot derselben mit allen den Ausnahmen, welche die Gesezgebung gestatten muß, würde die Entscheidung der Frage in die Hände untergeordneter Polizeiorgane legen und die Ausnahme zur Regel machen.

Hr. Siggelkow (Berlin) tritt gleichfalls entschieden gegen ein gesezliches Verbot der Sonntagsarbeit und die Einführung des Normalarbeitsstages ein, durch welche die bis dahin noch freien Arbeiter zu modernen Sklaven degradirt werden. Die persönliche Freiheit müsse durch solche Zwangsbestimmungen in bedenklichster Weise beschränkt werden.

Hr. Grocke (Cottbus) schildert die Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie, besonders der Tuchmacherei, welche besonders besserungsbedürftig sind. Fast noch schlimmer als die übermäßige Arbeitszeit sei der Mangel einer Trennung der Geschlechter in den Arbeitsräumen, beim Kleiderwechsel u. s. w., und hier müßten die Generalräthe durch Veröffentlichung solcher unerkannten Mängel Hilfe zu schaffen suchen. In der Frage der Arbeitszeit seien es nicht einmal immer nur die Arbeitgeber, welchen die Schuld an der übermäßigen Länge derselben beizumessen ist (Sehr richtig!), vielfach sündigen die Arbeiter gegen ihr eigenes mißverstandenes Interesse. Auch er (Redner) sei früher Anhänger des Normalarbeitsstages gewesen, sei aber durch die Verhältnisse belehrt, daß eine wirkliche Besserung auf diesem Wege nicht zu erreichen sei. Gesez aber müsse von Seiten der Deutschen Gewerksvereine geschehen: die Bestimmungen des Statuts in Bezug auf die Arbeitsbedingungen müssen mehr als bisher zur Geltung gebracht werden.

Hr. Heidrich (Hirschberg) warnt vor Annahme der Lenz'schen Resolution, weil durch dieselbe nur Mißverständnisse hervorgerufen werden, ohne dem eigentlichen Ziele näher zu kommen. Schon in Halle habe dieser Gegenstand den Verbandstag beschäftigt und die damalige Stellungnahme sei auch noch heute korrekt. Wichtig und zweckmäßig für die heutigen Verhandlungen wäre es gewesen, wenn die drei Referenten sich über ihre Stellung zu dieser hochwichtigen Angelegenheit vorher geeinigt hätten (Sehr richtig!). Vielleicht seien wir bisher in dieser Frage ein wenig zu bescheiden gewesen, gleichwohl aber müsse man sich vor allzu schroffem Vorgehen hüten. Daß die Arbeitsverhältnisse vielfach im Argen liegen, ist nicht zu bestreiten, ihm (Redner) erscheine z. B. die durch Agenten betriebene Arbeitervermittlung nach Sachkaum als etwas Anderes, als der Handel mit Vieh (Sehr richtig!). In den Arbeiterkreisen sei leider das Bedürfnis nach Sonntagsruhe noch nicht so stark ausgeprägt, als es wünschenswerth ist. In seiner schlesischen Heimath seien allerdings die Arbeitsverhältnisse vielfach so betrübend, daß eine Besserung dringend nothwendig erscheint. Zweifellos ist, daß die Sonntagsarbeit sich in vielen Fällen als entbehrlich erweist, mindestens vielfach nicht absolut nothwendig ist, und hier müssen die Gewerksvereine nach Möglichkeit Besserung zu schaffen suchen. Das Submissionswesen mit seinen meist zu kurzen Lieferungsfristen trägt sehr viel zu dem Mangel der Sonntagsarbeit bei, eine Reform desselben erscheint auch um deswillen geboten. Redner wendet sich zum Schluß noch der Ausstellung für Unfallverhütung zu und beklagt, daß auch diese, der Mehrzahl der Ausstellungsgegenstände nach — die gar nicht dorthin gehören — dem eigentlichen Zwecke nur in geringem Maße dienen werde.

Hr. Hahn (Burg) bemängelt die ganze Debatte als praktisch nutzlos (vehementer Widerspruch). Die Resolution Lenz sei absolut unannehmbar, denn die ganze Frage ändere sich täglich und könne gesezgeberisch überhaupt nicht geregelt werden. Kein Arbeiter, im weitesten Sinne des Wortes, könne ohne Sonntagsarbeit fertig werden (Widerspruch). Sorgen wir dafür, daß wir (die Gewerksvereine) größer und mächtiger werden, damit wir mehr Einfluß gewinnen, dann werden wir auch im Stande sein, die Auswüchse in den Arbeitsverhältnissen zu beseitigen, unter denen die Arbeiter zu leiden haben.

*) Zu diesem „Sehr richtig!“, welches von einzelner Seite ja vielleicht gerufen worden sein mag, sei kurz bemerkt, daß thatsächlich alle drei Referenten in ihrer Stellung zu dem behandelten Thema einig waren!

Georg Lenz.

Diesen Ausführungen tritt Hr. Venz sehr energisch entgegen. Die Ausführungen des Hrn. Venz kennzeichnen den Standpunkt, den wir nicht einnehmen dürfen. Auch Hr. Siggekow zeige wenig Verständnis für das, was er (der Antragsteller) wolle. Von „Normalarbeitstag“ sei in seiner Resolution gar keine Rede. In zwei Punkten unterscheidet sich das, was er als Referent vorgeschlagen habe, von der bisherigen Richtung der Gewerkschaftsorganisation: in der Stellungnahme zum gesetzlichen Verbot der Sonntagsarbeit und in einem entschiedeneren Eintreten der Gewerkschaften für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Wenn der Anwalt Hr. Dr. Hirsch ihn (Redner) in der Frage der Sonntagsarbeit der Inkonsequenz zeihe, weil er nicht gleichzeitig auch den gesetzlichen Maximalarbeitstag fordere, so mache er darauf aufmerksam, daß derselbe Vorwurf der Inkonsequenz dann auch die Schweizer Bundesregierung treffen würde. Uebrigens habe er in seinem Referat sich durchaus nicht grundsätzlich gegen den gesetzlichen Maximalarbeitstag erklärt. Das geforderte entschiedenerere Eintreten der Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse anlangend, folge er nur der Erfahrung, die wir in den zwanzig Jahren unseres Bestehens gemacht haben. Nicht ein einziger Fall des dauernden Wirkens der von den Gewerkschaften seit zwei Jahrzehnten geforderten Schieds- und Einigungsämter könne von uns angeführt werden; die Gerechtigkeit der Arbeitgeber, mit den Arbeitern als gleichberechtigten Faktoren zu verhandeln, sei eben bei uns in Deutschland noch nicht vorhanden. Die Gewerkschaften hätten sich allerdings seit Anfang ihres Bestehens bestrebt, die Lösung der das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen auf friedlichem Wege zu erreichen. Ihre Hoffnung sei aber vollständig getäuscht worden, denn die wenigen humanen Arbeitgeber, welche tatsächlich dem Arbeiter auch nach dieser Richtung gerecht werden, bestreiten nur die Regel. Die Arbeiter aber haben ein feines Verständnis für ihr Interesse; verschließen wir uns demselben wie bisher, so steht zu befürchten, daß wir das Hunderttausend Mitglieder, was unser nächstes Ziel ist, nicht nur nicht erreichen, sondern noch an Zahl zurückgehen. Suchen wir die Stärkung unserer Organisation dadurch zu erreichen, daß wir den Arbeitern mehr wie bisher zeigen, daß ihr Interesse an der Förderung des Arbeitsverhältnisses auch innerhalb unserer Organisation voll und ganz gewahrt wird, ebenso wie in den Fachvereinen, die lediglich durch ihr rücksichtsloses Vorgehen in der Hinsicht wenigstens schon Erfolge erzielt haben. Allein mit der Aufklärung über ihre Interessen, wie sie hier mehrfach betont werde, ohne den guten Willen der thätkräftigen Förderung derselben, sei den Arbeitern nicht gedient. In erster Linie wolle übrigens auch er (Redner) den Versuch der friedlichen Vereinbarung mit den Arbeitgebern, wo diese aber nicht zu erreichen sei, dürfe der Kampf nicht gescheut werden. Der fortwährende Hinweis auf die Schieds- und Einigungsämter befriedige auch unsere Mitglieder unter den heutigen Verhältnissen nicht.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Nachrichten.

** In einem Artikel: „Der westfälische Bergarbeiterstreit und die Gesetzgebung“ wendet sich der „Regulator“ gegen den Versuch der bekannten „Grenzboten“, wider streikende Arbeiter nach der Polizei und besonders nach der Gesetzgebung zu rufen. Das Blatt führt dabei u. A. aus, eine vernunftgemäße Arbeitergesetzgebung könne allein hier helfend und heilend eingreifen. Zu dem Schluppassus in jenem Grenzbotenartikel, der bessere Vorschläge erwartet, bemerkt der „Regulator“ folgendes: „Unsere Vorschläge lassen allerdings jenen Nachsatz: „Ohne ein Verbot des Streiks an sich geht es nicht“ außer Betracht, sie sind aber nicht vom grünen Tische aus gemacht, sondern aus den Erfahrungen des Lebens geschöpft.“

Nun, man schaffe staatliche Schiedsgerichte und Einigungsämter, die zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, und denen übertrage man die Entscheidung über gewerbliche Streitigkeiten. Selbstverständlich müßten dieselben ihren staatlichen Charakter dadurch dokumentieren, daß ihnen die Befugnisse der richterlichen Exekutive voll zustehen.

Dies ist der allein richtige Weg, um Arbeits-einstellungen in Masse zu verhüten. Je mehr Wohlwollen man dem Arbeiter in Bezug auf seine Qualifikation, als Richter in eigener Sache entscheiden zu können, entgegenbringt, um so dankbarer wird dieses Vertrauen aufgenommen werden.

Wir sind in diesem letzteren Punkte ganz der gleichen Ansicht. Ueber die „staatlichen Schiedsgerichte und Einigungsämter“, welche der „Regulator“ vorschlägt, wollen wir uns heute des Urtheils enthalten. Eins aber möchten wir noch erwähnen. In seiner Polemik gegen das Verlangen der „Grenzboten“ nach Polizei und Gesetz wider die Streiks sagt der Regulator u. A. Folgendes: „Plötzliche Massenausstände, so verwerflich diese von unserem Standpunkte aus sind, bedeuten immerhin ein Uebel, mit dem man rechnen muß.“ Wir glauben wohl nicht irre zu gehen, wenn wir annehmen, daß der hier ganz allgemein angedeutete Ausdruck „verwerflich“ dem Verfasser wohl unabsichtlich aus der Feder geflossen ist und daß an Stelle dessen dem Geiste des ganzen Artikels des „Regulator“ nach wohl das Wort „bedauerlich“ hätte stehen müssen. Denn wollte der „Regulator“ die Streiks ganz allgemein als verwerflich erklären, so würde er damit den Hintermännern der „Grenzboten“ doch zweifellos eine gewisse moralische Berechtigung geben zu ihrem Rufe nach Gesetz und Polizei, einem Rufe, der doch eben der „Regulator“ energisch zu bekämpfen unternommen hat.

** Gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gerichtet ist außer dem oben besprochenen Artikel der „Grenzboten“ auch ein Vorschlag der „Preussischen Jahrbücher“, welchen die „Post“ lobend hervorhebt. Es heißt darin: „Man muß die Entschlossenheit haben, die sogenannte Koalitionsfreiheit einzuschränken. Man muß Arbeiter-ausschüsse und Einigungsämter einrichten und dann verfügen, daß

jede Aufforderung zur Arbeitseinstellung strafbar, jede Versammlung, Organisation, Bildung von Unterstützungsfonds untersagt ist wegen Zerstörungen, die nicht vorher in dem Einigungsamt verhandelt worden sind.“

** Die „Redaktion der Deutschen Löhner-Zeitung“, eines Blattes, welches sich durch die verschiedenartigen Anträge u. an Versammlungen von Sektionen u. der Löhner-Genossenschaften glücklich zum „Organ“ verschiedener Arbeitgeber-Verbände aufgeschwungen hat, bemüht sich in den mehrfach ausgebrochenen Lohnstreiks zwischen den Löhnergesellen und ihren Arbeitgebern nach Kräften, den Arbeitgebern des Löhnergewerbes gegen ihre Arbeiter Handlangerdienste zu leisten. Fast in jeder Nummer des Blattes finden sich von der Redaktion gegebene Winke und Rathschläge an die Arbeitgeber, wie sie die Gesellen „unterkriegen“ können. Aber nicht nur das. In der Ausgabe sogenannter schwarzer Listen von streikenden Gesellen hat es die löbliche Redaktion sogar dem doch mindestens bei der Sache näher interessirten Arbeitgeberverbände noch zuver, indem sie bereits in einer, der Ausgabe der schwarzen Liste des Arbeitgeberverbandes vorangegangenen Nummer ihres Blattes eine ganze Reihe von Namen streikender Gesellen veröffentlichte, unter der Ueberschrift: „Liste der streikenden Gesellen. Wir bitten unsere gesch. Leser die Namen der streikenden Gesellen uns sofort nach Ausbruch eines Streiks für diese Liste zuzusenden, sowie uns von eintretenden Veränderungen schnellstens zu unterrichten.“ — Das Blatt hofft sich dadurch wohl bei den Arbeitgebern noch fester einzunisten. — Wir wollen uns keineswegs zum Befechter des Vorgehens der Löhner-Gesellen in der Lohnfrage an allen Orten aufwerfen — so z. B. erschien uns die seiner Zeit in Berlin aufgestellte Forderung von 1 Mark 88 Pf. pro Ueberstunde bezw. pro Stunde Sonntagsarbeit ebenso übertrieben, wie vielen anderen auch —, dennoch aber streuen wir nicht an zu erklären, daß die muntere Hezarbeit der „Deutschen Löhner-Zeitung“ gegen die Gesellen die allerschärfste Verurtheilung verdient. Durch ein derartiges Treiben fördert man selbst nicht die Sache der Arbeitgeber, denen zu dienen das Blatt so eifrig sich betreibt.

** Ueber die Frage des internationalen Arbeiterschutzes ist soeben das Memorial erschienen, welches Hr. Demartins im Auftrage des Schweizerischen Bundesraths zu Händen der europäischen Konferenz ausgearbeitet hat. Auf 72 Seiten giebt dasselbe eine Darstellung der bezüglichen Gesetzgebung der verschiedenen Industriestaaten in folgenden vier Kapiteln: 1. Regelung der Arbeit der Kinder und der Minderjährigen, 2. Regelung der Frauenarbeit, 3. Verbot der Sonntagsarbeit, 4. der Normalarbeitstag. Indem wir uns vorbehalten, auf die Schrift zurückzukommen, bemerken wir für heute, daß der Verfasser am Ende derselben zum Schluß kommt, die europäischen Industriestaaten könnten 1. ein Minimalalter für die Kinderarbeit in den Fabriken und Bergwerken festsetzen, 2. die Nachtarbeit der Frauen und Minderjährigen, sowie 3. alle Frauenarbeit in gewissen gesundheits-schädlichen oder gefährlichen Industrien und 4. die Sonntagsarbeit überhaupt verbieten, endlich 5. für die Minderjährigen einen Maximal-arbeits-tag einführen.

** Zur Frage der gewerblichen Schiedsgerichte meldet die „Münchener Allg. Ztg.“, es sei eine Subkommission des Bundesraths damit beschäftigt, einen bezüglichen Entwurf für die nächste Reichstagsession auszuarbeiten. Nun, die nächste Session wird wohl noch nichts werden. Laborirt man doch schon seit mehr als einem Jahrzehnt an dieser Frage herum. Im Uebrigen siehe man unsere Notiz in Nr. 24. d. Bl., wonach von einem Entwurf, der bereits ausgearbeitet wird, wohl kaum die Rede sein dürfte.

** Am 14. Juli tritt in Paris der internationale Arbeiterkongress zusammen, zu welchem aus Deutschland ca. 70 Theilnehmer sich einfinden werden. Die sogenannten Possibilisten werden vermuthlich neben den Marxisten auch ihren „Kongress“ abhalten.

** Das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung wird im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Es trägt das Datum des 22. Juni 1883. Diejenigen Bundesraths-Bevollmächtigten, welche sich im Bundesrath und Reichstag um das Zustandekommen des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes besonders bemüht haben, sind, nachdem die Auszeichnung der beteiligten Reichsbeamten vorausgegangen war, mit preussischen Orden ausgezeichnet worden.

** Die „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter“ zu Hamburg hat auch eine „Abgeordnetensteuer“, die gegenwärtig in Höhe von 20 bzw. 10 Pf. jedes Mitglied zahlen muß. Es scheint ein gebräuchliches Mittel, durch Einführung von allerhand Extratennern dahin zu wirken, daß die laufenden, und deshalb zumeist in die Augen fallenden Beiträge zu den sogenannten Zentralkassen möglichst niedrig gehalten werden können.

** Die „Allgemeine Zentralkassen der Tischler“, domizilirt in Hamburg, hielt in voriger Woche in Berlin eine Generalversammlung ab.

** Der sozialistische Abgeordnete Wilhelm Hasenclever ist am 3. d. M., nachdem er bereits seit 1 1/2 Jahren geisteskrank war, in Schöneberg bei Berlin verstorben.

** Der Streik der Berliner Maurer und Zimmerer ist als beendet zu betrachten; ihre Forderungen (60 Pf. Stundenlohn bei 4 1/2 Stunden Arbeit) vermochten die Arbeiter nicht durchzusetzen. Die Berliner Mäurer wollen eben am 12. Juli den Generalstreik erklären. — Die Mäurer und Anstreicher Berlins beklagen sich noch im General-

**** In Oesterreich** liegen die Arbeiter mehrfach mit den Fabrikanten in Streit, so in Brünn, wo die Textilarbeiter bereits längere Zeit streiken und auch bei den Metallarbeitern das Gleiche in Aussicht steht, ferner in Jägerndorf. Auch in Oesterreich wollen die Arbeitgeber von einem Vereinbaren mit der Gesamtheit der Arbeiter nichts wissen.

Keramische Nachrichten.

|| Zu unserer Notiz „**Ueber den Gang der Porzellanfabrikation in Kahla**“, veröffentlicht in voriger Nr. d. Bl., wird uns von einem unserer Mitglieder mitgeteilt, daß der Verdienst des betreffenden Malers für die Beurtheilung der Gesamtverdienste der Maler in der Kahla'er Porzellanfabrik, Aktiengesellschaft, nicht maßgebend sein könne, da der betreffende Maler nicht fleißig gearbeitet habe. Keiner der anderen auf der Fabrik beschäftigten Maler habe einen so geringen Verdienst gehabt, wie der Betreffende; auch sei derselbe während der 15 Wochen noch 3 Wochen krank gewesen. Wir nehmen hiervon zunächst gern an dieser Stelle Anstöß, um eine etwaige falsche Auffassung unserer Notiz möglichst sofort richtig zu stellen, bemerken dabei aber, daß die Thatsache, wonach von dem Verdienste des betr. Malers über 40 pCt. für Gold zc. abgingen, auch nach der Richtigstellung bestehen bliebe, und diesen Abzug hervorzuheben war eigentlich Zweck der Notiz. Ob die Angaben in der jetzigen Richtigstellung durchaus zutreffen, werden wir noch näher festzustellen suchen und dann eventl. bekannt geben. Sollte die erste Notiz in den gerügten Punkten thatsächlich unrichtig sein, so würden wir dies um so mehr bedauern, als wir durch eine Rückfrage an den Ausschuß in Kahla uns noch besonders der Richtigkeit zu versichern glaubten.

Personal-Nachrichten.

Neuhaldensleben, den 6. Juli 1889. Am 15. d. M. begeht unser Kollege Hr. F. Rodig sein **50jähriges Dreher-Jubiläum**. Trotz der vielen Schicksalsschläge, welche denselben getroffen, befindet sich der Jubilar noch in einer Frische und Rüstigkeit, welche in unserem Berufe zu den Seltenheiten gehören. Wir wünschen, daß derselbe den Tag mit Freude und Gesundheit begehe und daß er noch lange in unserer Mitte verbleiben möge.

Dem Jubilar zu Ehren werden seine Kollegen der unten genannten Fabrik an dem Tage von Nachmittags 5 Uhr ab in Villaret's Garten ein zwangloses, fröhliches Beisammensein veranstalten, wozu wir diejenigen Kollegen von Neu- und Althaldensleben, welche sich daran beteiligen wollen, herzlich willkommen heißen.

Das Dreher-Personal der Thomascarenfabrik von J. Uffrecht u. Co.

Althaldensleben, den 8. Juli 1889. Der Porzellanmaler W. Friß aus Neuhaldensleben hat am 25. Februar d. J. bis 8. Juni in unserer Mitte gearbeitet, ist jedoch seinen Pflichten gegen das Personal sowie gegen fremde Kollegen nicht nachgekommen. Friß hat in seiner letzten Stellung in Grohn-Begeß für ein kleines Abkommen ein Personal-Mittel ausgestellt bekommen, welches uns vorliegt. Er hat nämlich das übliche Freisprechgeld noch nicht gezahlt, wollte jedoch in unserem Personal seinen Verpflichtungen nachkommen, wurde aber durch Stellenwechsel davon abgehalten.

Das Malerpersonal von Schmelzer u. Gercke.

S. A.: G. Möller.

NB. Der Porzellanmaler A. Adamitschka aus Lannwald i. B. ist am 6. d. M. aus unserem Personal ausgeschlossen worden, wegen Schmähungen gegen das Personal. D. D.

Litterarisches.

Von **Meyers Konversations-Lexikon** schreitet die jetzt erscheinende vierte Auflage rasch ihrer Vollendung entgegen. Soeben wurde der vierzehnte Band ausgegeben, bei dessen Prüfung wir aufs neue eben so sehr die gediegene Pracht der Ausstattung wie den Reichthum der in technischer Vollendung gebotenen Abbildungen (nicht weniger als 51 den Text erläuternde Illustrations-Beilagen und 275 Abbildungen im Text), die Fülle des dargebotenen Wissensstoffes, die Uebersichtlichkeit des Ganzen wie die sorgfältige, sachgemäße Bearbeitung eines jeden einzelnen Artikels als ein Muster von Klarheit, Vollständigkeit und Genauigkeit bewundern müssen. Fürwahr, es gereicht dem Bibliographischen Institut zur hohen Ehre, daß noch beim vierzehnten Bande dem Werk die gleichen hervorragenden Eigenschaften nachgerühmt werden müssen, welche den „Meyer“ bei Beginn des Erscheinens vor ähnlichen Werken auszeichneten. Da ist kein Abweichen vom Versprochenen, kein Abnehmen der inneren oder äußeren Vorzüge, wie das leider bisweilen bei größeren Werken zu beobachten ist, im Gegentheil, je mehr man Meyers Konversations-Lexikon gebraucht, um so mehr offenbart sich der hohe Werth dieses Werkes, und um so mehr erkennt man, daß es wie kein zweites dazu angethan ist, für lange Zeiten die Herde und das Hauptwerk jeder Bibliothek zu bilden. Wenn wir etwas geändert wissen möchten, so wäre das nur der Titel: „Ueber den engen Begriff eines „Konversations-Lexikons“ ist dasselbe längst hinausgewachsen und in Wahrheit eine „Encyclopädie des allgemeinen Wissens“ geworden, wie sie in unserer Zeit jeder Vorwärtstrebende, er sei wer er sei, kaum noch entbehren kann.

Vereins-Nachrichten.

§ **Ahlen i. Westf.**, den 30. Juni 1889. Behufs Gründung eines Ortsvereins in Ahlen wurde hier selbst heute eine Versammlung abgehalten und fand zunächst eine Diskussion über die Leistungen des Gewerksvereins sowie der bestehenden Malerverbände statt. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die jetzt bestehenden Malerverbände sich zu einem Verband vereinigen möchten, wie die Kollegen in Liesenfurt in voriger Nummer der „Ameise“ und „Sprechsaal“ klarlegten. Gleichzeitig wurde jedoch der Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß wohl der Gewerksverein die beste Organisation sei, um auf die schlechten Löhne, die lange Arbeitszeit, das Verhüllungsunwesen und verschiedenes Andere günstig einwirken zu können. Folgedessen wurde die Gründung eines Ortsvereins vollzogen, und meldeten sich folgende Herren zu demselben: Franz Ackermann, Josef Bruder, Albert Ritten, Wilhelm Rehm, Josef Kathers, Hermann Rudolf, Bernhard Faust, Johann Siegemann, Emil Geiß, August Graeber, sämtlich Maler. Gleichzeitig wurde

die Wahl eines Ausschusses vollzogen, und wurden folgende Kollegen gewählt: F. Hollmann, Vorsitzender; F. Ackermann, Kassirer; A. Ritten, Schriftführer; W. Rehm, Beisitzer; J. Bruder, Rev. or. Hierauf gelobten die neuen Mitglieder sich gegenseitig, an dem Verein festzuhalten und demselben treu zu bleiben! Wieder ist ein frisches Reiz an dem Baum unseres Gewerksvereins angelegt, hoffen wir, daß dasselbe wachse und gedeihe, zum Nutzen unserer gesammten Organisation. S. A.: F. Hollmann.

§ **Königszeit**, den 30. Juni 1889. Unser Ortsverein hielt am heutigen Tage sein 20jähriges Stiftungsfest verbunden mit Fahnenweihe ab. Programmäßig erfolgte von früh 10 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr der Empfang der geladenen Vereine und Gäste, des Nachmittags um 3 Uhr fand die Aufstellung zum Festzuge vor dem Gasthof zum heutigen Reich statt, woran sich um 4 Uhr das Garten-Konzert im Gasthof zur preussischen Krone, ausgeführt von der Freiburger Feuerwehr-Capelle, anschloß. Die Festrede hielt nach der Fahnenweihe Vereinsgenosse Hr. J. Ber-Verlin. Eine Verlosung von freiwilligen Geschenken verschönte das durch ein gemüthliches Länzchen bis zur Morgenstunde verlängerte Fest. e.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

1) In den **Gewerkverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse**:
Altwasser: 6. 7. 89 G. Kirchner; Althaldensleben: 29. 6. W. Krämer, S. Polte, A. Luda; Annaburg: 29. 6. B. Schuck; Jmenau: 6. 7. G. Deubel.

2) In die **Kranken- und Begräbniskasse**:
Annaburg: 29. 6. R. Kopp.

3) In die **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:
Altwasser: 6. 7. A. Schröder, F. Finte; Rheinsberg: 29. 6. A. Thiel; Stanowitz: 6. 7. A. Gaudel.

4) In den **Gewerkverein** (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Fürstberg: C. Hartmann, A. Muff; Ahlen: A. Büttne; J. Bruder, J. Kathers, J. Siegemann, C. Geiß, A. Gräber, F. Ackermann, G. Rudolph, S. Faust, W. Rehm; Arberg: W. Buschmann, Chr. Geiß, G. Müller; Charlottenburg: P. Wandelt, A. Seeger.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus **Gewerkverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:
Altwasser: A. Ruh; Gotha: C. Ulrich; Moabit: R. Jäckel (auf Reisen); Stanowitz: A. Wiedemann (auf Reisen); Mitterteich: Chr. Fenz, J. Deuther, A. Helfert, J. Höllich, J. Richter, A. Weiß, A. Wender, G. Schönhammer; Breitenbach: W. Driefel; Sophienau: P. Ludewig; Selb: A. Schmund; Göln a. C.: S. Richter, C. Thämig, W. Stühler.

2) Aus **Gewerkverein** und **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:
Stanowitz: P. Weimann.

3) Aus dem **Gewerkverein**:
Petersdorf: S. Winkler, S. Breit; Gräfenroda: C. Nagel (auf Reisen), C. Richter (auf Reisen); Göln a. C.: F. Schreiber.

Der Generalrath und Vorstand.

A. Münchow, J. Bey, Georg Lenz,
Vorsitzender, Hauptkassirer, Hauptschriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 3 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Moabit, Generalraths- und Vorstandssitzung** am Freitag, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, bei C. Grünert, Lübeckerstr. 2.
Das Bureau.

* **Gotha, Ortsversammlung** am **Sonnabend**, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, in Faber's Hotel. H. Loesaus, Schriftführer.

* **Stanowitz, Ortsversammlung** am **Sonnabend**, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Hrn. Geisfert. R. Gossack, Schriftführer.

* **Waldburg, Ortsversammlung** am **Sonnabend**, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Besprechung über das Stiftungsfest, verbunden mit einem Waldesfest, 3. Fragekasten, 4. Anträge und Beschwerden. — Nach diesem Krankenkasse.
Richard Eichner, Schriftführer.

* **Neuhaldensleben, Ortsversammlung** am **Sonntag**, den 14. Juli, im „Gasthaus zur Knochenmühle“. Georg Kämpf, Schriftführer.

* **Neuleiningen, Ortsversammlung** am **Sonntag**, den 14. Juli, Nachmittags 3 Uhr, in der Wirtschaft von Bohn. Tagesordnung dafelbst. H. Zahn, Schriftführer.

* **Moabit, Ausschusssitzung** am **Montag**, den 15. Juli Abends 8 Uhr bei Grünert. S. Bungert, Schriftführer.

Dankagung.

Allen denen, welche bei der Beerdigung meines verstorbenen Vaters und unseres lieben Vaters, des Porzellandrehers **Carl Schmidt** uns ihre Theilnahme zu erkennen gegeben, insbesondere auch den Kollegen des Verstorbenen sowie dem Vorstande des Gewerksvereins für die Niederlegung des Kranges am Grabe sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. Wwe. Amalie Schmidt nebst Kindern.

Anzeigen.

* **Arbeitsmarkt.**

2 tüchtige geübte Freidreher
auf **Porzellan-Standkrufen** finden lohnende Beschäftigung bei
Gustav Richter
Porzellanmanufaktur und Charlottenfabrik
Charlottenburg.